

# Beschlussbuch

Freihandelsabkommen stoppen!	Seite 02
Kommunikation verbessern: Regelmäßige Besuche aller Ortsvereine durch SPD-StadträtInnen	Seite 04
Ein konkretes Konzept für mehr weibliche aktive Mitglieder und Wählerinnen	Seite 05
Schluss mit Sexismus in der Werbung	Seite 06
Für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen	Seite 07
Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Rassismus	Seite 09
Windkraft in Bayern	Seite 10

1 Adressat(innen): SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand,  
2 SPD-Bundestagsfraktion

### 3 **Freihandelsabkommen stoppen!**

4  
5 Wir verfolgen die Verhandlungen zu den geplanten Handelsabkommen TTIP  
6 (Transatlantic Trade and Investment Partnership) mit den USA, CETA (Comprehensive  
7 Economic and Trade Agreement) mit Kanada, sowie die Verhandlungen um TiSA (Trade  
8 in Services Agreement), welches den Handel mit Dienstleistungen zum Gegenstand  
9 hat, sehr kritisch und fordern diese zu beenden.

10  
11 Bei der Verhandlung so folgenschwerer Abkommen halten wir folgende  
12 Grundvoraussetzungen für essentiell:

- 13 • Alle Verhandlungen werden unter demokratischer Beteiligung der Parlament  
14 und der Zivilgesellschaft mit größtmöglicher Transparenz geführt. Auch nach  
15 Abschluss der Verhandlungen sind die Vereinbarungen und Ausgestaltung der  
16 Abkommen dauerhafter demokratischer Kontrolle zu unterwerfen.
- 17 • Es werden keine Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge angetastet,  
18 Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Bereiche, insbesondere auch im  
19 öffentlichen Beschaffungswesen, dürfen keinesfalls erleichtert oder ermöglicht  
20 werden, die Möglichkeit Vergabekriterien festzulegen darf nicht eingeschränkt  
21 werden. Auch weitere Deregulierungen des Finanzsektors dürfen nicht  
22 Bestandteil der Abkommen sein.
- 23 • ArbeitnehmerInnenrechte müssen gewahrt bzw. ausgebaut werden.
- 24 • Soziale und ökologische Zielsetzungen müssen mindestens gleichrangig neben  
25 wirtschaftlichen Interessen berücksichtigt werden, EU-Standards im Arbeits-,  
26 Umwelt-, VerbraucherInnen- und Gesundheitsschutz dürfen nicht abgesenkt  
27 oder ausgehöhlt werden – im Gegenteil, sie müssen ständig angepasst und  
28 verbessert werden.
- 29 • Abkommen dürfen keine Regelungen zum Investitionsschutz enthalten,  
30 insbesondere wenn dadurch ArbeitnehmerInnenrechte oder staatliche  
31 Regulationsmöglichkeiten berührt werden.
- 32 • Das Vorsorge- und Verursacherprinzip bei der Zulassung von Gütern und  
33 Produkten behält seine uneingeschränkte Gültigkeit.
- 34 • Das Patent- und Markenwesen darf nicht über den jetzigen europäischen  
35 Standard hinaus verkompliziert werden. Die Kosten für Normung und  
36 entsprechende Zertifizierung müssen begrenzt werden und sich im Zweifel am  
37 Unternehmensumsatz orientieren.
- 38 • Demokratisch legitimierte Regeln und Entscheidungen von Bund, Ländern und  
39 Gemeinden dürfen nicht den Interessen ausländischer InvestorInnen  
40 untergeordnet bzw. von diesen eingeschränkt werden.
- 41 • Es dürfen keine neoliberalen Grundsätze in der sogenannten Negativliste  
42 festgeschrieben werden. Wenn Ausnahmen von den TTIP-Grundsätzen so  
43 erfasst würden, könnte kein Parlament in der EU mehr abweichende  
44 Entscheidungen treffen, um z.B. auf neue Erkenntnisse im Umwelt- oder  
45 Gesundheitsschutz zu reagieren.
- 46 • Die sozialen und Umweltkosten sind zu ermitteln und zu berücksichtigen. Die  
47 Auswirkungen auf Schwellenländer und Länder der Dritten Welt müssen  
48 beachtet werden. Des Weiteren sind Wege für einen gerechten Welthandel zu  
49 entwickeln.

50

- 1 Da nach derzeitigem Stand alle diese Punkte nicht oder nur unzureichend in den
- 2 laufenden Verhandlungen berücksichtigt werden, lehnen wir ohne Wenn und Aber das
- 3 geplante Handels- und Investitionsabkommen ab und fordern unsere
- 4 MandatsträgerInnen dazu auf, ihren Einfluss geltend zu machen und sich dafür
- 5 einzusetzen, die Verhandlungen zu beenden. Nach Vorlage der endgültigen
- 6 Verhandlungsdokumente ist vor einer abschließenden Positionierung der SPD und der
- 7 Bundestagsfraktion zu den Abkommen den Gliederungen ausreichend Zeit für
- 8 Meinungsbildung zu geben.
- 9
- 10 Viel wichtiger wäre ein Klimaschutzabkommen entsprechend den Empfehlungen des
- 11 Weltklimarates zu anzustreben.
- 12
- 13 X Angenommen

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion

2 **Kommunikation verbessern: Regelmäßige Besuche aller**  
3 **Ortsvereine durch SPD-StadträtInnen**

4  
5 Mandatsträger und Mandatsträgerinnen aus dem Stadtrat müssen alle Ortsvereine aus  
6 ihrem Stadtbezirk (sofern im Stadtbezirksgebiet mehr als ein OV liegt) in regelmäßigen  
7 Abständen (mindestens zweimal im Jahr) besuchen und über ihre Arbeit und die  
8 Vorgänge im Stadtrat berichten, um einen direkten Informationsfluss zu allen  
9 Mitgliedern zu gewährleisten. Der Unterbezirk wird aufgefordert zu gewährleisten,  
10 dass die Liste mit Zuständigen StadträtInnen und Themen für OV-Veranstaltungen,  
11 die auf dem Parteitag am 21.07.2014 ausgeteilt wurde, ernst genommen und  
12 umgesetzt wird, um die Kommunikation zur Basis zu gewährleisten.

13  
14 Begründung:

15 Ortsvereine, aus deren Reihen nicht direkt ein Stadtrat bzw. eine Stadträtin kommt,  
16 sind von der Kommunikation und dem Informationsfluss aus Rathaus und Stadtrat  
17 weitestgehend abgeschnitten, haben für die MandatsträgerInnen genauso aktiv  
18 Wahlkampf gemacht. Es gestaltet sich äußerst schwierig, MandatsträgerInnen auch  
19 mal außerhalb ihres eigenen OVs zu verpflichten, aus der Arbeit zu berichten, da man  
20 ja schon ‚in seinem Heimat-OV aktiv sei‘. Insbesondere im Rahmen der nach der  
21 Kommunalwahl 2014 geplanten verbesserten Kommunikation von Stadtrat und Basis  
22 ist das nicht hinnehmbar. Der zeitliche Mehraufwand durch solche Termine in allen  
23 Ortsvereinen des Wahlbezirks kann durch eine Verbesserung der zeitlichen Aufteilung  
24 zwischen den Ortsvereinen erreicht werden.

25  
26 Wir appellieren im Sinne des Leitantrags zur Erneuerung der SPD vom 21.07.2014 auch  
27 an die großen Ortsvereine mit MandatsträgerInnen, im Sinne der Solidarität für diesen  
28 Antrag zu stimmen, um basisdemokratische Teilnahme für alle Mitglieder zu  
29 ermöglichen.

30  
31 X Angenommen

32

1 Adressat(innen): SPD-Unterbezirksvorstand

## 2 **Ein konkretes Konzept für mehr weibliche aktive Mitglieder und** 3 **Wählerinnen**

4

5 Der UB-Vorstand wird aufgefordert, ein konkretes Konzept zu erarbeiten, um mehr  
6 Frauen für die aktive Parteiarbeit zu begeistern sowie als Wählerinnen der SPD zu  
7 gewinnen. Konkret heißt hier, dass dieses detaillierter und mit expliziteren  
8 Zeitangaben formuliert sein muss als im Leitantrag, der am 21.07.2014 auf dem  
9 Parteitag verabschiedet wurde. Hier wird ein neues „Konzept“ angesprochen, welches  
10 „bis Ende 2015 vorgestellt und beschlossen werden“ soll. Diese Formulierung ist zu  
11 unkonkret; der UB-Vorstand soll daher ein inhaltlich detaillierteres Konzept vorlegen  
12 sowie beispielsweise einen Flyer für OV-Infostände u.ä. entwerfen, um die SPD Frauen  
13 in München näher bringen.

14

### 15 Begründung:

16 Die Münchner SPD hat über 40 % weibliche Mitglieder. Leider sind nur wenige davon  
17 auch aktiv in der Parteiarbeit tätig. Zudem hat die Münchner SPD bei den Münchner  
18 Kommunalwahlen 2014 insbesondere bei Frauen sehr schlecht abgeschnitten. Die  
19 Münchner SPD sollte sich also intensiv damit beschäftigen, wie sie mehr Frauen für  
20 aktive Arbeit wie auch als Wählerinnen-Potential gewinnen kann.

21 Eine Straßen-Umfrage des OV Briennerviertel im Juni 2014 unter 70 weiblichen Nicht-  
22 Mitgliedern hat ergeben, dass Frauen vor allem dann in die SPD eintreten würden,  
23 wenn sie zu Anfang eine ‚Mentorin‘ zugeteilt sowie eine intensive Information in die  
24 Parteistrukturen erhalten würden. Mithilfe dieser und möglicher weiterer Umfragen  
25 könnte das Angebot und die Inhalte der Münchner SPD gezielter auf Frauen  
26 zugeschnitten werden.

27 Die mögliche Zuteilung von Aufgabengebieten und Zuständigkeiten an BeisitzerInnen  
28 im UB-Vorstand muss auch für dieses Thema erfolgen, so dass die Verantwortung für  
29 diese Aufgabe im UB-Vorstand wie auch die Kommunikation zwischen Vorstand und  
30 Basis sichergestellt ist. So kann zudem verhindert werden, dass diese Aufgabe nicht auf  
31 die AsF als „Frauenproblem“ (das wäre ein falsches Signal!) abgewälzt werden kann,  
32 sondern als Gesamtparteiaufgabe verstanden wird (und damit in der Umsetzung auch  
33 Aufgabe der Ortsvereine).

34

35 X Angenommen

36

1 Adressat(innen): SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

## 2 **Schluss mit Sexismus in der Werbung**

3

4 Die SPD unterstützt die Forderung nach einem Verbot von  
5 geschlechtsdiskriminierender Werbung durch eine Erweiterung des Gesetzes gegen  
6 den unlauteren Wettbewerb (UWG).

7

### 8 Begründung:

9 Sexistische Werbung gehört auch im 21.Jahrhundert zum Alltag. Alle Appelle und  
10 freiwilligen Verpflichtungen haben daran nichts geändert. Selbst die wenigen Rügen,  
11 die der Deutsche Werberat pro Jahr gegen die schlimmsten Auswüchse ausspricht,  
12 haben für die Verursacher keine wirklichen Konsequenzen. Die Organisation PinkStinks  
13 hat nun eine Initiative gestartet, dass Verbot von sexistischer Werbung  
14 bundesgesetzlich zu regeln.

15 Ziel der Norm ist es, der Verfestigung von Geschlechtsrollenstereotypen durch  
16 Werbung entgegenzuwirken. Geschlechtsrollenstereotype wirken  
17 freiheitseinschränkend. Sie reduzieren die Geschlechter „Mann“ und „Frau“ auf feste,  
18 teilweise enge Eigenschafts-, Verhaltens- und Interessenmuster und schränken damit  
19 die Entfaltungsfreiheit von Menschen jeden Geschlechts ein.

20 Eine Einbettung des Schutzes vor geschlechtsdiskriminierender Werbung in das UWG  
21 ist sinnvoll, da sich das UWG schwerpunktmäßig mit der Regulierung von Werbung  
22 befasst. Es ermöglicht kollektiven Rechtsschutz und große Durchsetzungsschnelligkeit,  
23 bietet also gerade diejenigen Möglichkeiten, die für eine Regulierung  
24 geschlechtsdiskriminierender Werbung wünschenswert sind.

25 In das UWG soll ein neuer §7a Diskriminierende Werbung aufgenommen werden:

26 „1) Eine geschäftliche Handlung, durch die Marktteilnehmende in diskriminierender  
27 Weise angesprochen werden, ist unzulässig, wenn nicht verfassungsrechtlich  
28 geschützte Interessen ausnahmsweise überwiegen. Die Diskriminierung kann sich aus  
29 der Aussage einer Werbung, ihrem Gesamteindruck oder der Gesamtheit der einzelnen  
30 Teile einer Werbekampagne ergeben.

31 (2) Werbung ist geschlechtsdiskriminierend, wenn sie Geschlechtsrollenstereotype in  
32 Form von Bildern oder Texten wiedergibt oder sich in sonstiger Weise ein  
33 geschlechtsbezogenes Über-/Unterordnungsverhältnis zwischen den Personen in der  
34 Werbung oder im Verhältnis zu den von der Werbung adressierten Personen ergibt.

35 Werbung ist insbesondere geschlechtsdiskriminierend, wenn sie

36 1. Menschen aufgrund ihres Geschlechts Eigenschaften, Fähigkeiten und soziale Rollen  
37 in Familie und Beruf zuordnet oder

38 2. sexuelle Anziehung als ausschließlichen Wert von Frauen darstellt oder

39 3. Frauen auf einen Gegenstand zum sexuellen Gebrauch reduziert, insbesondere  
40 indem weibliche Körper oder Körperteile ohne Produktbezug als Blickfang eingesetzt  
41 werden oder der Eindruck vermittelt wird, die abgebildete Frau sei wie das Produkt  
42 käuflich.“

43

44 X Angenommen

45

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion, Oberbürgermeister Dieter Reiter

## 2 **Für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen**

3

4 Seit der Einrichtung der Not-Erstaufnahmeunterkünfte engagieren sich zahlreiche  
5 Jusos vor Ort. Wir sehen die großen Bemühungen der Stadt München, die auch über  
6 ihre Zuständigkeiten hinaus viele Anstrengungen unternimmt, die Zustände zu  
7 verbessern. Durch unsere gesammelten Erfahrungen vor Ort haben wir weiteres  
8 Verbesserungspotential erkannt. Daraus ergeben sich folgende drei Anträge.

9

### 10 **I Soforthilfe: Personelle und räumliche Ausstattung für die Flüchtlingsbetreuung in** 11 **München umgehend deutlich erhöhen!**

12 Die kontinuierlich steigenden Flüchtlingszahlen führen dazu, dass die Stadt München  
13 dauerhaft mehr Flüchtlinge in München betreuen wird. Wir fordern eine sofortige  
14 Anpassung der Personalausstattung im Bereich Flüchtlingsbetreuung an den aktuellen  
15 und in naher Zukunft zu erwartenden Flüchtlingszuwachs. Dort wo die Stadt München  
16 nicht für die Einstellung von Personal zuständig ist, soll sie darauf hinwirken, dass die  
17 Regierung von Oberbayern/Bayern entsprechende Stellen schafft und gegebenenfalls  
18 vorläufig Amtshilfe leisten.

- 19 1. Alle Münchner Einrichtungen der Flüchtlingsbetreuung brauchen mehr  
20 sozialpädagogisch, medizinisch und psychologisch betreuendes Personal, sowie  
21 mehr Dolmetscherinnen und Dolmetscher. Wir fordern umgehend eine  
22 dauerhafte Anpassung der Stellenzahlen, orientiert an den Flüchtlingszahlen,  
23 die für München angenommen werden. Einstellungen müssen schnellstmöglich  
24 vorgenommen werden.
- 25 2. Momentan befinden sich hunderte Flüchtlinge in München, die auch Wochen  
26 nach ihrer Ankunft in Deutschland weder von der Regierung von Oberbayern  
27 (ROB) registriert worden sind, noch vom Referat für Gesundheit und Umwelt  
28 (RGU) ihre Gesundheitsuntersuchung erhalten haben. Wir fordern die Stadt  
29 München auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, schnellstmöglich  
30 geeignetes Personal zu finden, dass das RGU bei der Organisation und  
31 Durchführung der Gesundheitsuntersuchungen und die ROB bei der  
32 Registrierung der Flüchtlinge unterstützt.
- 33 3. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich bei der  
34 Flüchtlingsbetreuung. Dieses Potential darf nicht verloren gehen! Wir fordern  
35 daher hauptamtliche KoordinatorInnen für jede Unterkunft zur Planung und  
36 Umsetzung der ehrenamtlichen Arbeit. Unterstützend soll zu diesem Zweck eine  
37 Onlineplattform eingerichtet werden.
- 38 4. Viele ehrenamtliche und hauptamtliche Helferinnen und Helfer waren in den  
39 vergangenen Wochen nahezu täglich in den Sammelunterkünften. Dort wurden  
40 sie mit vielen menschlichen Schicksalen konfrontiert und mussten auch ihre  
41 eigenen Grenzen der Hilfsbereitschaft akzeptieren lernen. Nun stehen sie vor  
42 der Aufgabe diese körperlich wie psychisch anstrengende Zeit - deren Ende für  
43 sie noch nicht absehbar ist - seelisch aufzuarbeiten. Wir möchten die Stadt  
44 München dazu aufrufen, den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, sowie ihren  
45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich derzeit intensiv mit der  
46 Flüchtlingsbetreuung beschäftigen, professionelle Hilfe bei der Bewältigung des  
47 Erlebten (Supervisionen) und den Betreuern schnellstens eine Liste von  
48 Ansprechpartnern in den zuständigen städt. Ämtern zur Verfügung zu stellen,  
49 die sofort Entscheidungen treffen können. Anrufbeantwortertexte wie: *"Unsere*  
50 *Telefone sind zur Zeit überlastet. Wir können leider keinen Anruf entgegen*  
51 *nehmen. Bitte rufen Sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder an."* müssen  
52 abgeschaltet werden.

**1 II Medizinische Standards in der Flüchtlingsbetreuung umsetzen!**

2 Wir fordern die Stadt München auf, die gesundheitliche Versorgung der  
3 untergebrachten Flüchtlinge umgehend zu verbessern.

- 4 1. Hunderte Flüchtlinge warten immer noch auf die erste  
5 Gesundheitsuntersuchung (Stand 31.10.2014). Diese muss umgehend  
6 durchgeführt werden. Dabei ist selbstverständlich, dass sowohl die Organisation  
7 der Durchführung, als auch die Untersuchung selbst Vertreterinnen und  
8 Vertretern der städtischen Behörden obliegt. Eine dezentrale Organisation der  
9 Gesundheitsuntersuchungen durch niedergelassene Ärzte und die Aktivierung  
10 unserer Nothilfe-Einrichtungen in den städt. Kliniken, müssen schnellstens  
11 umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen die Flüchtlinge, vor allem die  
12 minderjährigen, in Zahnpflege-Prophylaxe unterwiesen werden. Eine Liste der  
13 Ärzte und Zahnärzte um eine Flüchtlingsanlage herum, die bereit sind, die  
14 gesundheitliche Flüchtlingsbetreuung mit zu übernehmen, muss umgehend  
15 jedem Betreuersteam zur Verfügung gestellt werden. Ergebnisse der  
16 Gesundheitsuntersuchung müssen den Flüchtlingen zeitnah und verständlich  
17 mitgeteilt werden.
- 18 2. In allen Erstaufnahmeeinrichtungen Münchens muss das Hygiene- und  
19 Gesundheitsmanagement schnellst möglich in professionelle Hände übergehen.  
20 Die Verantwortlichen vor Ort dürfen nicht länger auf die ehrenamtliche Hilfe  
21 medizinischen Personals bauen müssen. Wenn die Regierung von Oberbayern  
22 eine stabile Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge in den  
23 Erstaufnahmeeinrichtungen nicht gewährleisten kann, bitten wir die Stadt  
24 München darum, auch in diesem Bereich Amtshilfe zu leisten und eigenes  
25 medizinisch geschultes Personal zur Verfügung zu stellen.
- 26 3. Helferinnen und Helfer in den Erstaufnahmeeinrichtungen fehlt es an  
27 Information über Hygienevorschriften oder potentielle gesundheitliche  
28 Gefahren. Wir wünschen uns daher einen Informationsleitfaden mit Hygiene-  
29 und Gesundheitsbelehrungen für Helferinnen und Helfer in  
30 Gemeinschaftsunterkünften.

**31  
32 III Menschenwürdige Abläufe bei Ankunft und Weiterverlegung der Flüchtlinge  
33 gewährleisten**

34 Die wenigsten der Flüchtlinge, die derzeit in den Not-Erstaufnahme-Einrichtungen  
35 Münchens leben, sind bereits von der Regierung von Oberbayern registriert worden,  
36 noch haben sie ihre erste Gesundheitsuntersuchung erhalten. Flüchtlinge irren  
37 teilweise zu Fuß durch München, mit einer Wegbeschreibung zur Bayernkaserne in der  
38 Hand, die sie von einer örtlichen Polizeistelle erhalten haben. Wir wollen, dass diese  
39 hilfesuchenden Menschen von ihrer Ankunft an menschenwürdig behandelt werden.

40  
41 Daher muss die Registrierung der Flüchtlinge schneller ablaufen, als in den letzten drei  
42 Wochen geschehen. Wir fordern außerdem einen angemessenen und begleiteten  
43 Transfer der Flüchtlinge vom Ort ihrer Ankunft zur Erstaufnahmeeinrichtung. Die  
44 Flüchtlinge sollen vor der Begleitung in eine Erstaufnahmeeinrichtung auch über die  
45 Grundzüge des Aufnahmeverfahrens informiert werden. Wir fordern daher, dass allen  
46 gerade angekommenen Flüchtlingen ein Informationsblatt ausgehändigt wird, in dem  
47 in den gängigen Sprachen (Englisch, Französisch, Arabisch, Tigrinya, Somali, Farsi, u.a.)  
48 der Ablauf der Aufnahme und die Gestaltung der ersten Tage erläutert wird.

49  
50 X Angenommen

51



1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion

## 2 **Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Rassismus**

3

4 Die Münchner SPD unterstützt ausdrücklich das Vorhaben des Oberbürgermeisters  
5 Dieter Reiter, für München unter Federführung der städtischen Fachstelle gegen  
6 Rechtsextremismus eine Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Rassismus  
7 erarbeiten zu lassen. Die darin zu entwickelnden Maßnahmen sollen während ihrer  
8 Umsetzung mittels einer periodischen Evaluation durch externe Gutachter bewertet  
9 und gegebenenfalls geändert und ergänzt werden. Wir bitten die SPD-  
10 Stadtratsfraktion diese Bemühungen nach allen Kräften zu unterstützen und zeitnah  
11 entsprechende Entschlüsse im Stadtrat einzuleiten.

12

### 13 Begründung:

14 München hat als ehemalige „Hauptstadt der Bewegung“ eine besondere  
15 Verantwortung bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus.  
16 Die bisher von der Stadt bereits unternommenen Schritte gegen Rechtsextremismus  
17 und Rassismus zeigen Erfolge, müssen aber ausgebaut und verstetigt werden. Dazu  
18 bedarf es einer Handlungsstrategie, auch um zum Beispiel verschiedene Ansätze  
19 unterschiedlicher Stellen und Initiativen zu bündeln, die Zivilgesellschaft stärker  
20 einzubinden und vorhandene Netzwerke effektiver zu machen.  
21 Eine externe wissenschaftliche Begleitung soll sicherstellen, dass die  
22 Handlungsstrategie professionell realisiert wird.

23

24 X Angenommen

25

1 Adressat(innen): SPD Bayern, SPD-Landtagsfraktion

## 2 **Windkraft in Bayern**

3

4 Die Münchner SPD setzt sich dafür ein,

5

6 1. dass die bayerische SPD bzw. die SPD-Landtagsfraktion Klagen gegen das Gesetz  
7 der Staatsregierung zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des  
8 Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des  
9 Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft - kurz die sog. 10-H-Regelung -  
10 rechtlich prüft und alle rechtlichen Mittel ausschöpft.

11

12 2. dass die bayerische SPD KommunalpolitikerInnen und Interessierte unterstützt,  
13 die verbleibenden geringen Spielräume zur Nutzung von Windenergie zu  
14 nutzen, indem sie Veranstaltungen oder Seminare organisiert (beispielsweise in  
15 Zusammenarbeit mit der SGK Bayern).

16

### 17 Begründung:

18 Die SPD tritt für die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ein und macht sich für  
19 dezentrale Energieerzeugung vor Ort stark. Die sogenannte 10-H-Regelung läuft dem  
20 Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern massiv zuwider.

21

22 Das Gesetz besagt, dass ein Windrad mindestens zehn Mal dessen Höhe (10 x Höhe des  
23 Windrades = kurz 10 H) Entfernung zur nächsten Wohnbebauung haben darf. Die  
24 derzeit üblichen Höhen für Windräder in Bayern liegen bei einer Gesamthöhe von 200  
25 m. Dadurch ergibt sich ein Abstand von 2.000 m (2 km) zur Wohnbebauung. Die  
26 möglichen Flächen für Windkraftanlagen gehen damit gegen Null.

27

28 Für den Gesetzentwurf wurden am 03. Juli 2014 ExpertInnen zur Anhörung in den  
29 Wirtschaftsausschuss eingeladen. Elf der zwölf geladenen ExpertInnen haben dem  
30 Entwurf eine klare Absage erteilt. Für die CSU scheinen die Ergebnisse der Anhörung  
31 irrelevant zu sein. Die sogenannte 10-H-Regelung wurde am 12. November 2014 von der  
32 CSU gegen die Stimmen der SPD, Grünen und Freien Wählern beschlossen. Die  
33 Bayerische Staatsregierung erschwert dadurch den Ausbau von Windkraft in Bayern  
34 immens und setzt den Gemeinden, die sich für eine dezentrale Energieversorgung in  
35 Bayern durch erneuerbare Energien wie Windräder einsetzen, weitere Steine in den  
36 Weg.

37

38 Derzeit gibt es zwei angekündigte Klagen gegen das Gesetz: eine wird von der Initiative  
39 „Pro Windkraft“ von H. J. Fell initiiert, weiter wollen Freie Wähler und Grüne beim  
40 Verfassungsgerichtshof gegen das Gesetz zu klagen. Die SPD muss zeitnah prüfen, wie  
41 aussichtsreich die verschiedenen Klagen sind und gegebenenfalls als Unterstützerin in  
42 Erscheinung treten, um klar zu machen, wie wir uns die Energieversorgung der  
43 Zukunft in Bayern vorstellen.

44

45 X Angenommen